

Beantwortung der Fragen des Bündnis Klinikrettung zur stationären Versorgung auf dem Land durch den Landesverband der Partei DIE LINKE. Rheinland-Pfalz:

1. Ein bundesweites Netzwerk gut ausgestatteter wohnortnaher Krankenhäuser ist überlebenswichtig.

Wie wollen Sie die Krankenhäuser in ländlichen Strukturen stabilisieren?

Mit der Aussage in dieser Frage sind wir komplett einverstanden. In ländlichen Strukturen ist eine wohnortnahe qualifizierte stationäre Grundversorgung lebenswichtig. Zu dieser Grundversorgung gehören für uns Innere, Geriatrie, Chirurgie, Anästhesie, Notfallmedizin und eine Geburtshilfe Level 4.

In der Einleitung des Krankenhausplans von Rheinland-Pfalz (Anlage zum Staatsanzeiger Nr. 5 Seite 3) findet sich folgende Prämisse:

"Auch wenn die Krankenhausplanung des Landes keine Leistungsplanung ist und sein kann, sondern Kapazitäten plant, muss sie den Funktionswandel berücksichtigen, der sich aus dem DRG-Entgeltsystem (Fallpauschalensystem), also der Hinwendung zu marktregulatorischen Elementen für die Krankenhäuser ergibt."

In dieser politischen Vorgabe zeigt sich die Ursache des Dilemmas. Die jetzige Gesetzgebung im Gesundheitssektor ist so angelegt, dass kleine Krankenhäuser benachteiligt sind und dadurch dem Kostendruck nicht standhalten können.

Die Krankenhausplanung der Landesregierung muss geändert werden. Die Landesregierung braucht gesetzliche Kompetenzen und Möglichkeiten, die wohnortnahe stationäre Versorgung zu erzwingen. Das Gesetz der Trägervielfalt bedarf einer Reform. Kommunale Kliniken sind unser Ziel.

2. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass wohnortnahe Krankenhäuser ausreichend Geld für Personal, Behandlungen und Investitionen bekommen?

In Bezug auf die Investitionen treten wir für eine 100 prozentige Erfüllung der in diesem Bereich vorgesehenen Aufgaben der Landesregierung ein. In RLP gibt es einen großen Investitionsstau und eine Unterfinanzierung dieser Leistungen! Die Grundlage der Finanzierung von Personal und Behandlung darf nicht länger das Fallpauschalensystem sein. DIE LINKE kämpft schon seit Jahren für die Abschaffung dieses System und tritt für eine bedarfsgerechte Bezahlung von Personal und Behandlungen ein. Damit müssen selbstverständlich auch die Vorhaltekosten abgedeckt sein.

3. Wie wollen Sie dem Personalnotstand von ÄrztInnen und Pflegepersonal in ländlichen Regionen entgegenwirken?

Insbesondere brauchen wir flächendeckend einheitlich Tariflöhne, die die Leistung in diesen Berufen richtig wertschätzen. Mindestlöhne in der Pflege sind keine Option! In besonderen Zeit, wie einer Pandemie, darf das Arbeitszeitgesetz nie wieder ausgehebelt werden. Wir treten in Katastrophenfällen für 6 Stundenschichten ein. Denn kürzere Arbeitszeiten im Gesundheitswesen retten nachweislich Leben. Außerdem brauchen wir gesetzlich vorgeschriebene Pflegepersonaluntergrenzen für alle Bereiche, die dem jeweiligen Pflegeaufwand gerecht werden. Dafür sind analytische Personalbemessungsinstrumente erforderlich. Gute Arbeitsbedingungen sind eine Grundvoraussetzung, um Pflegerinnen und Pfleger im Beruf zu halten und um die zurückzugewinnen, die wegen der schlechten Bedingungen aus diesen Berufen ausgestiegen sind. Hier liegt ein großes Potential.

Medizinische Versorgungszentren dürfen keine Profitcenter von Unternehmen und Freiberufler*innen sein. Die integrierte Versorgung nach dem Vorbild der Polikliniken muss weiterentwickelt und kommunale Gesundheitsdienste müssen ausgebaut werden. Diese Zentren

entsprechen den Vorstellungen der jungen Ärztinnen und Ärzte, die häufig ein Anstellungsverhältnis anstreben. Besonders wichtig ist aber auch, für gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Land zu sorgen. Personal zieht es dort hin, wo die Lebensverhältnisse stimmen.

4. Halten Sie die Regelung zum Sicherstellungszuschlag für Krankenhäuser für ausreichend?

Nein, wir halten diese Regelung für unzureichend. Siehe auch Antwort 1. Das Land RLP hat, weil wir ein Flächenland sind, die Personenbemessungszahl schon gesenkt. Trotzdem wurde zum Beispiel die chirurgische Abteilung in Gerolstein zum Ende des letzten Jahres geschlossen. Es fehlen knapp 200 Personen bis zur Bemessungsgrenze von 5000 Personen, die für die Kategorie „unverzichtbar“ gebraucht werden. Jedes Jahr muss dieser Zuschlag neu ausgehandelt werden, Das bietet den Kliniken keine langfristige Perspektive.

5. Wie sieht Ihre Unterstützung im Kampf um das Kirner Krankenhaus aus

Der Kreisverband der Partei DIE LINKE in Bad Kreuznach unterstützt die Bürger*inneninitiative für den Erhalt des Kirner Krankenhauses und die Direktkandidat*innen im Wahlkreis 18 haben die Thematik in ihrem Wahlkampf aufgegriffen. DIE LINKE wird sich im Landtag für den Erhalt gut ausgestatteter, wohnortnaher Krankenhäuser einsetzen.

Mainz den 06.03.2021